

## Niederschrift

über die VIII/RAT/005. Sitzung  
des Rates der Stadt Schwerte am

**Mittwoch, dem 17.03.2010, um 17:00 Uhr**  
im großen Sitzungssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

### Anwesend:

#### Bürgermeister

1. Herr Bürgermeister Heinrich Böckelühr

#### CDU-Fraktion

2. Herr Dieter Böhmer
3. Herr Dr. Jens Brökelschen
4. Frau Sabine Deifuß
5. Herr Johannes Dietmar Hellwig
6. Frau Ellen Hentschel
7. Frau Vera Hosemann
8. Herr Thomas Keuthen
9. Herr Marco Kordt
10. Frau Sonja Lammert
11. Herr Klaus-Jürgen Paul
12. Frau Marianne Pohle
13. Herr Hans-Georg Rehage
14. Frau Rosemarie Seelig
15. Herr Olaf Spiering
16. Frau Ursula Steinbrücker

17:30 Uhr ab TOP 11

#### SPD-Fraktion

17. Frau Katrin Bauer
18. Frau Natascha Baumeister
19. Herr Domenico Capobianco
20. Herr Bernd Droll
21. Herr Hans Haberschuss
22. Frau Reinhild Hoffmann
23. Herr Thomas Klüh
24. Herr Stephan Kötter
25. Frau Ursula Meise
26. Frau Marlies Mette
27. Herr Karl-Friedrich Pautz
28. Frau Britta Santehanser
29. Frau Anita Schweer-Schnitker

#### Bündnis 90/Die Grünen

<b>Erledigungs- vermerke</b>	<b>Bürgermeister/ Vorsitzender</b>	<b>Schriftführer</b>	<b>zur Post am:</b>	Ablauf der Einspruchsfrist gem. §§ 57 (4) GO NRW / 28 (1) Ge- schO
Unterschrieben u. weitergegeben am:				
Handzeichen :				

- 30. Herr Rupert Filthaus
- 31. Herr Bruno Heinz-Fischer
- 32. Frau Barbara Stellmacher

**FDP-Fraktion**

- 33. Herr Walter Hülscher
- 34. Herr Wolfgang Schilken

**WFS-Fraktion**

- 35. Herr Andreas Czichowski
- 36. Herr Eckehard Weist

**Fraktion DIE LINKE.**

- 37. Frau Gabriele Dröst
- 38. Herr Dieter Reichwald

**seitens der Verwaltung die Damen und Herren**

- |                             |                            |
|-----------------------------|----------------------------|
| 39. Frau Jutta Pentling     | Fachdienstleiterin 1       |
| 40. Herr Peter Schubert     | Beigeordneter und Kämmerer |
| 41. Herr Hans-Georg Winkler | Erster Beigeordneter       |

**Schriftführerin**

- 42. Frau Heidrun Schinnerling

**Abwesend:**

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 19:02 Uhr
- c) unterbrochen von

## Tagesordnung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Rates
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern mit beratender Stimme für die Ratsausschüsse  
Vorlage: VIII/0140
6. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten  
Vorlage: VIII/0142
7. Entwurf des Jahresabschlusses 2008  
Vorlage: VIII/0146
8. Bekanntgabe der in der Zeit vom 01.01.-31.01.2010 für das Haushaltsjahr 2009 genehmigten Haushaltsüberschreitungen  
Vorlage: VIII/0137
9. 1. Nachtrag zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten von Kirmessen, Jahrmärkten und kulturellen Veranstaltungen in der Stadt Schwerte vom 10.04.1992  
Vorlage: VIII/0129
10. Vermarktungssituation Rathaus II  
Vorlage: VIII/0143
11. Beteiligung der Stadt Schwerte an der von der Stadt Neuenrade geplanten Klage vor dem Verfassungsgericht gegen die derzeitige Gemeindefinanzierung  
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2010  
Vorlage: VIII/0130/1
12. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung
13. Informationen und Anfragen

**1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Rates**

---

Bürgermeister Böckelühr eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

**2. Genehmigung der Tagesordnung**

---

Änderungen zur Tagesordnung liegen nicht vor. Die vorliegende Tagesordnung gilt somit als festgestellt.

**3. Einwohnerfragestunde**

---

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt auf Nachfrage von Herrn Ewald, dass der Ausschuss für Bürgeranregungen und Beschwerden nicht stattgefunden habe, da keine Anträge nach § 24 der Gemeindeordnung NRW vorgelegt hätten. Bezogen auf die Mitteilung von Herrn Ewald, dass das Gesundheitsamt ein Gutachten aufgrund von Schimmelbefall in dessen Wohnung in der Regenbogenstraße 15 erstellt habe, fordert Herr Bürgermeister Böckelühr Herrn Ewald auf, das Gutachten der entsprechenden Fachverwaltung der Stadt Schwerte zur Prüfung vorzulegen.

**4. Feststellung von Befangenheit**

---

Ein Mitwirkungsverbot nach § 31 GO NRW und § 9 GeschO (Rat und Ausschüsse) liegt nicht vor.

**5. Benennung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern mit beratender Stimme für die Ratsausschüsse**  
**Vorlage: VIII/0140**

---

**Beschluss:**

Als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder mit beratender Stimme werden benannt:

Ausschuss für Schule, Sport und Infrastruktur

- Mitglied Herr Detlef Zenke
- Stellvertreterin Frau Zorica Dragisic

Ausschuss für Demographie, Stadtentwicklung und Umwelt

- Mitglied Herr Gerd Wolle
- Stellvertreter Herr Adam Materla

Ausschuss für Bürgeranregungen und Bürgerbeschwerden:

- Mitglied Frau Karla Matussek
- Stellvertreter Herr Erdem Okuyan

(Herr Bürgermeister Böckelühr ist nicht stimmberechtigt)

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 36 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

**6. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten**  
**Vorlage: VIII/0142**

---

**Beschluss:**

In die Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen werden bestellt:

**Delegierte**

1. Herr Heinrich Böckelühr
2. Herr Johannes Dietmar Hellwig

**Stellvertreter**

1. Herr Hans-Georg Winkler
2. Herr Klaus-Jürgen Paul

3. Frau Ellen Hentschel

3. Herr Hans-Georg Rehage

4. Frau Ursula Steinbrücker

4. Frau Vera Hosemann

5. Frau Marlies Mette

5. Frau Ursula Meise

6. Herr Stephan Kötter

6. Herr Bernd Droll

7. Frau Monika Demant

7. Herr Rupert Filthaus

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 37 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

**7. Entwurf des Jahresabschlusses 2008**  
**Vorlage: VIII/0146**

---

Herr Schubert führt aus, dass der Rat am 06.05.2009 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 festgestellt habe. Nach der Feststellung der Eröffnungsbilanz bündele der Bereich Finanzdienste und Beteiligungen die Kräfte, um die noch offenstehenden Jahresabschlüsse nachzuholen. Der Jahresabschluss 2007 sei am 23.09.2009 in den Rat eingebracht und an den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen worden. Dieser werde derzeit geprüft und dann im Rechnungsprüfungsausschuss am 26.04.2010 beraten. Der Jahresabschluss für 2009 solle noch im Herbst dieses Jahres dem Rat vorgelegt werden.

Herr Schubert teilt weiterhin mit, dass die Stadt Schwerte auch im zweiten Jahr nach der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) nicht erwartete negative Ausmaße im Haushalt erreicht habe. Die Gesamtergebnisrechnung schließe mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 3.352.000,00 Mio. EUR ab. Gegenüber dem geplanten Fehlbetrag von fast 9,7 Mio. EUR stelle das Ergebnis eine erhebliche Verbesserung um rd. 6,3 Mio. EUR dar. Faktoren hierfür seien die restriktive Haushaltsbewirtschaftung und Zuwächse bei den Steuerträgen. Er erläutert im Einzelnen weitere maßgebliche Faktoren, die für das Jahr 2008 zu dem positiven Ergebnis geführt hätten.

Herr Schubert bietet den Fraktionen bei Bedarf von weitergehenden Informationen an, dass im Bereich Finanzdienste und Beteiligungen die entsprechenden Unterlagen eingesehen werden könnten.

Herr Dr. Brökelschen merkt an, dass nach heutigen Maßstäben ein tatsächlicher Jahresfehlbetrag für das Jahr 2008 in Höhe von 3,3 Mio. EUR einem ausgeglichenem Haushalt fast nahe komme. Gehe man jedoch davon aus, dass für das Jahr 2009 ein Minus von geschätzten 19 Mio. EUR entstehen werde, sei aus dieser Differenz in nur 12 Monaten ersichtlich, wie schnell und nachhaltig die Wirtschafts- und Finanzkrise auch die Stadt Schwerte erreicht habe.

**Beschluss:**

Der Rat nimmt den nach § 95 GO NRW durch den Kämmerer aufgestellten und durch den Bürgermeister bestätigten Entwurf des Jahresabschlusses der Stadt Schwerte zum 31.12.2008 zur Kenntnis und verweist diesen zwecks Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 37 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

- 8. Bekanntgabe der in der Zeit vom 01.01.-31.01.2010 für das Haushaltsjahr 2009 genehmigten Haushaltsüberschreitungen**  
**Vorlage: VIII/0137**
- 

**Beschluss:**

Die laut Anlage vom Kämmerer in der Zeit vom 01.01. - 31.01.2010 für das Haushaltsjahr 2009 genehmigten Haushaltsüberschreitungen werden gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW zur Kenntnis genommen.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 37 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

- 9. 1. Nachtrag zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten von Kirmessen, Jahrmärkten und kulturellen Veranstaltungen in der Stadt Schwerte vom 10.04.1992**  
**Vorlage: VIII/0129**
- 

**Beschluss:**

Der 1. Nachtrag zur Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Öffnungszeiten von Kirmessen, Jahrmärkten und kulturellen Veranstaltungen in der Stadt Schwerte vom 10.04.1992 ist in der der Niederschrift als Anlage beigefügten Fassung (s. Anlage Nr. 1 zum Original der Niederschrift) zu erlassen.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 37 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

- 10. Vermarktungssituation Rathaus II**  
**Vorlage: VIII/0143**
- 

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt, dass in der Sitzung des HPGA vom 16.03.2010 eine sehr ausführliche Diskussion bezogen auf die Thematik zum RH II geführt worden sei. Als Ergebnis sei festgehalten

worden, dass sich die Fraktionen bis zur nächsten Ratssitzung am 23.06.2010 nochmals sehr intensiv mit dieser Thematik beschäftigen sollten. Er weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass, egal für welche Variante der weiteren Nutzung des RH II eine Entscheidung getroffen werde, nunmehr zwingend in der Ratssitzung am 23.06.2010 eine Beschlussfassung erfolgen müsse.

Weiterhin führt er nochmals aus, dass sowohl Frau Pentling, Herr von Tessin und Herr Mork in dem noch verbleibendem Zeitfenster Gesprächsbereitschaft mit den Fraktionen anbieten, sowie erwünschte Informationsmaterialien zur Verfügung stellen würden. Außerdem erinnert er nochmals daran, dass, wie bereits in der Ratssitzung vom 10.02.2010 ausführlich diskutiert, der Brandschutz im RH II kurzfristig gewährleistet werden müsse. Es mache jedoch absolut keinen Sinn, die Brandschutzmaßnahmen umzusetzen, wenn dann vielleicht in absehbarer Zeit doch die Entscheidung getroffen würde, den Standort RH II aufzugeben.

Frau Pentling berichtet auf Nachfrage von Herrn Weist aus der Sitzung des HPGA vom 16.03.2010, dass sie nochmals Kontakt mit der Kreispolizeibehörde Unna aufgenommen habe. Seinerzeit sei seitens der Kreispolizeibehörde Unna Interesse an einer Unterbringung der Polizeistation Schwerte im RH II signalisiert worden. Nach erneuter Rücksprache am 18.03.2010 mit dem persönlichen Referenten des Landrates seien die Fragen bezogen auf die Räumlichkeiten für die Polizeistation Schwerte tatsächlich noch nicht geklärt. Definitiv werde jedoch seitens der Kreispolizeibehörde eine Unterbringung im RH II ausgeschlossen. Auch Frau Pentling bittet nochmals ausdrücklich darum, Fragen bezüglich der Thematik RH II rechtzeitig an die Verwaltung zu stellen, damit für die Ratssitzung am 23.06.2010 eine umfassende und qualifizierte Verwaltungsvorlage erstellt werden könne.

### **Beschluss:**

Der Bericht der Verwaltung über die Vermarktungssituation zum Verwaltungsgebäude „Rathaus II“ wird zur Kenntnis genommen.

**Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 37 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

### **11. Beteiligung der Stadt Schwerte an der von der Stadt Neuenrade geplanten Klage vor dem Verfassungsgericht gegen die derzeitige Gemeindefinanzierung Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2010 Vorlage: VIII/0130/1**

---

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt, dass er gemeinsam mit Frau Demant das in der Ratssitzung vom 10.02.2010 geplante Gespräch anlässlich der am 12.02.2010 in Meinerzhagen stattgefundenen Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Arnberg des Städte- und Gemeindebundes mit dem Bürgermeister der Stadt Neuenrade geführt habe. Aus diesem Gespräch sei hervorgegangen, dass die Stadt Neuenrade zurzeit in der Prüfung sei. Eine Anwaltskanzlei sei beauftragt worden, ein Votum zu erarbeiten, ob eine entsprechende Klage vor dem Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen Aussicht auf Erfolg habe. Am 10.03.2010 sei ein weiteres Treffen mit der Anwaltskanzlei geplant gewesen, um die weitere Vorgehensweise zu erörtern. Herr Bürgermeister Böckelühr berichtet, dass er am 15.03.2010 erneut ein Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Neuenrade geführt habe. Als Gesprächsergebnis bleibe festzuhalten, dass zurzeit ermittelt würde, welche Kosten eine Klage verursachen würde. Diese Vorgehensweise wolle die Stadt Neuenrade gemeinsam mit den übrigen Kommunen des Märkischen Kreises anstreben,



weil es sich um eine prekäre Gesamtsituation handele. Deshalb solle am 18.03.2010 mit dem Märkischen Kreis, dem Landrat und den Fraktionen im Kreistag darüber diskutiert werden, ob eine konzertierte Aktion des Märkischen Kreises insgesamt möglich sei. Nach diesem Gespräch werde seitens der Verwaltung eine erneute Kontaktaufnahme mit dem Bürgermeister der Stadt Neuenrade erfolgen. Herr Bürgermeister Böckelühr führt weiterhin aus, dass er ein weiteres Gespräch mit dem Landrat des Märkischen Kreises am 17.03.2010 geführt habe. Dieser habe ein gemeinsames Vorgehen in dieser Angelegenheit signalisiert. Des Weiteren werde versucht, auch noch andere Kommunen bezogen auf diese Thematik mit einzubeziehen. Es sei eine entsprechende Abgrenzung zu einer schon beim Verfassungsgerichtshof NRW in Münster anhängigen Verfassungsklage der Städte im Kreis Recklinghausen gewollt. Aus den vorgenannten Gründen empfiehlt er, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucks.-Nr.: VIII/0130/1 (wie im Beschluss dargestellt) abzuändern. In der nächsten Sitzung des Rates solle dann über den Fortgang der Angelegenheit berichtet werden.

Herr Filthaus erklärt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Änderung des Beschlussvorschlages einverstanden sei.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob sich die Stadt Schwerte einer möglichen Verfassungsklage der Kommunen im Märkischen Kreis vor dem Verfassungsgerichtshof NRW gegen die derzeitige Gemeindefinanzierung anschließt.

### **Einstimmig beschlossen**

**Ja-Stimme/n: 38 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0**

## **12. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung**

---

### **1. Gespräch mit der Bezirksregierung Arnsberg**

Herr Bürgermeister Böckelühr berichtet, dass die Verwaltung am 22.03.2010 gemeinsam mit dem Leiter der Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Arnsberg ein Gespräch über den Umsetzungsstand des Haushaltssicherungskonzeptes und über die weitere Verfahrensweise im Rahmen der Finanzsituation weiter Haushaltskonsolidierung zu betreiben, führen werde.

### **2. Ausbau der K 10 n**

Herr Bürgermeister Böckelühr berichtet, dass die letzte Klagefrist am 10.03.2010 abgelaufen sei. Weder dem Kreis Unna noch der Stadtverwaltung sei bekannt, ob innerhalb der Frist Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss bei der Bezirksregierung Arnsberg für die K 10 n beim Verwaltungsgericht anhängig gemacht wurden. Damit sei der Planfeststellungsbeschluss nach dem derzeitigen Kenntnisstand der Verwaltung rechtskräftig. Seitens der Verwaltung sei nunmehr geplant, beim Ministerium für Bauen und Verkehr nach Ostern 2010 abzuklären, ob ein vorgezogener Baubeginn für die K 10 n noch in diesem Jahr möglich sei. Ein Bewilligungsbescheid könne noch nicht erteilt werden, da zuvor der Landtag den Haushalt 2011 beschließen müsse. Erst danach seien die Ministerien ermächtigt, entsprechende Bewilligungsbescheide zu erteilen. Ein Baubeginn könne jedoch erst erfolgen, wenn ein Bewilligungsbescheid vorliege. Da jedoch bis auf den Bewilligungsbescheid alle

### 3. **Nickelstaubbelastung durch die Nickelwerke**

Herr Bürgermeister Böckelühr führt aus, dass nach Feststellung der Ergebnisse hinsichtlich der Nickelstaubbelastung am 10.05.2010, 19.00 Uhr, in der Realschule Am Bohlgarten eine erneute Informationsveranstaltung unter Beteiligung der zuständigen Behörden stattfinden werde.

### 4. **Ratsinformationssystem Session**

Frau Pentling berichtet, dass im letzten Ältestenrat das Ratsinformationssystem vorgestellt worden sei. Sie erklärt, dass in den nächsten Tagen allen Fraktionen ein Anschreiben zugehen werde, um abzuklären, welche Mandatsträger einen Zugangscode für die Nutzung des Systems beantragen möchten. Außerdem solle abgeklärt werden, welche persönlichen Daten von wem und in welchem Umfang letztendlich veröffentlicht werden sollen. Sie erinnert daran, dass auch, soweit von den Fraktionen gewünscht, für die Fraktionssekretärinnen ein Zugangscode beantragt werden müsse.

## 13. **Informationen und Anfragen**

---

### 1. **Wettbewerb Innovation City**

Herr Bürgermeister Böckelühr erklärt, dass der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen am 11.03.2010 eingereichte Antrag bezogen auf die Beteiligung der Stadt Schwerte an dem vom Initiativkreis Ruhr geplanten Wettbewerb „Innovation City“ aufgrund der Fristenregelung für Fraktionsanträge erst in der Ratssitzung am 23.06.2010 beraten werde. Weiterhin informiert er, dass am 22.03.2010 in der Zeche Zollverein in Essen eine Informationsveranstaltung zum Projekt „Innovation City“ stattfinden werde, an der der Geschäftsführer der Stadtwerke Schwerte sowie der Fachdienstleiter des Bereiches Stadtentwicklung, Demographie und Umwelt teilnehmen werden, um nähere Einzelheiten über das geplante Projekt zu erfahren. Die Zielgröße für dieses Projekt seien Kommunen mit 50.000 Einwohnern. Sobald detaillierte Einzelheiten bezogen auf dieses Projekt bekannt seien, sollten auch die entsprechenden Fachausschüsse mit einbezogen werden. Seitens der Stadt Schwerte bestehe ein großes Interesse daran, an diesem Wettbewerb teilzunehmen.

### 2. **Nachfrage von Herrn Weist bezüglich der Bekanntheit des Zeitpunktes für den geplanten Standortwechsel des Einzelhandelsgeschäftes REWE vom Wilhelmsplatz zum Bahnhofsvorplatz**

Herr Bürgermeister Böckelühr führt aus, dass weder Verwaltungsmitarbeiter noch der Bürgermeister vor der Ratsentscheidung vom 10.02.2010 zum Bahnhofsumfeld Gespräche mit dem Investor HGV oder Hannig bezüglich des in der örtlichen Presse vorher bekanntgegebenen Standortwechsels geführt hätten. Auch die Verwaltung habe die entsprechenden Informationen erst aus der örtlichen Presse erfahren.

Herr Weist fragt an, ob die Verwaltung keine Veranlassung gesehen habe, vor der Ratssitzung bezüglich der Einzelhandelsstandortsicherung für REWE Nachfragen an den Investor zu stellen.

### **3. Schneechaos in der Fußgängerzone am ersten verkaufsoffenen Sonntag in Schwerte**

Herr Schubert antwortet auf Anfrage von Herrn Weist, dass an dem besagten verkaufsoffenen Sonntag wie üblich durch den Bereitschaftsleiter des Winterdienstes eine Kontrollfahrt durchgeführt worden sei. Aus seiner Sicht habe es keine Veranlassung für eine Winterdienstwartung gegeben. Es seien zwar noch teilweise überfrostete Schneereise vorhanden gewesen, gleichwohl seien für den Fußgängerverkehr aus Sicht des Bereitschaftsleiters mehr als genügend Freiflächen vorhanden gewesen. Bedingt durch Sonneneinstrahlung und entsprechenden Fußgängerverkehr sei es in einigen Bereichen der Fußgängerzone zu Vereisungen gekommen. Die Bereitschaft des Winterdienstes sei um 16.45 Uhr von der Polizei informiert worden, dass Handlungsbedarf bestehe. Daraufhin sei dann entsprechend reagiert worden. Er erklärt weiter, dass die Stadt in den Wintermonaten in den Fußgängerzonen immer nur für einen mittleren Fußgängerbereich Sorge für den Winterwartungsdienst zu tragen habe. Ansonsten seien die Anlieger verpflichtet, die Fußgängerzone vor den eigenen Grundstücksgrenzen jeweils beidseitig in einer Breite von 1,50 m von Eis und Schnee zu befreien. Er verweist darauf, dass die Werbegemeinschaft eine Sondernutzungsgenehmigung für den verkaufsoffenen Sonntag erhalten habe. Aufgrund der derzeitigen Rechtssprechung obliege dem Veranstalter (in diesem Fall der Werbegemeinschaft) von Sondernutzungen der Winterwartungsdienst, um die Verkehrssicherungspflicht herzustellen.

Herr Weist fragt nach, ob für zukünftige ähnlich gelagerte Veranstaltungen die Verwaltung grundsätzlich keine Rufbereitschaften übernehmen wolle.

Frau Pentling erklärt, dass für die Stadt Schwerte für den gesamten Winter eine Rufbereitschaft bestehe. Es gebe auch eine Telefonnotfallliste, die bei der Polizei, der Feuerwehr und bei bestimmten Institutionen vorliege. Es sei unverständlich, dass der Vorsitzende der Werbegemeinschaft weder bei der Polizei noch bei der Feuerwehr eine entsprechende Nachfrage wegen des Streudienstes gestellt habe.

Herr Bürgermeister Böckelühr regt an, zukünftig schon im Vorfeld bei geplanten Veranstaltungen und einer witterungsbedingten schlechten Wetterlage für eine Kontaktaufnahme zur Werbegemeinschaft, des Baubetriebshofes oder der Polizei zu sorgen und untereinander entsprechende Absprachen zu treffen.

### **4. Beschlussfassung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 28.09.2009**

Herr Bürgermeister Böckelühr antwortet auf Nachfrage von Herrn Weist, dass die Verwaltung bezogen auf die Thematik VfI seit dem 28.09.2009 Diverses veranlasst habe. Die neue Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses Frau Hoffmann, und die Stellvertreterin Frau Deifuß, seien zwischenzeitlich seitens der Verwaltung über den Sachstand VfI informiert worden. Bisher sei in dieser Angelegenheit noch keine Klage erhoben worden. Bezogen auf die übrigen Fragestellungen, die Herr Weist schriftlich an ihn gerichtet habe erklärt er, dass diese im nichtöffentlichen Teil der Sitzung seitens der Verwaltung beantwortet würden.

### **5. Sachstandsmitteilung der mit Mitteln des Konjunkturpaketes 2 geförderten Maßnahmen in Schwerte, schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE.:**

„Die Förderung mit Mitteln des Konjunkturpaketes ist nach unserem Kenntnisstand an die zeitnahe Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen geknüpft. Bei Verzögerung im Ablauf besteht u.U. die Gefahr, dass die eigentlich eingeplanten Mittel dann evtl. nicht mehr fließen.

Daher bitten wir die Verwaltung einen Sachstandsbericht für diese Maßnahmen zu geben.

**6. Auflistung der im städtischen Eigentum stehenden Immobilien und die diesbezüglich zu erwartenden Sanierungskosten, schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE.:**

„Die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass bei städtischen Immobilien teilweise ein erheblicher Sanierungsbedarf vorhanden ist (z.B. Rathaus II).

Aus diesem Grund bitten wir die Verwaltung eine Übersicht über alle städtischen Immobilien zu erstellen und anzugeben, welche Sanierungen in den nächsten 10 Jahren zu erwarten sind.“

Herr Winkler weist darauf hin, dass im Haushaltsplan auf Seite 549, Anlage 5, eine komplette Auflistung aller städtischen Gebäude und Immobilien aufgeführt sei. Die Stadt Schwerte besitze zurzeit 80 Gebäude mit insgesamt 143 Bauteilen. Im Jahre 2006 seien alle städtischen Objekte durch ein externes Büro (N 3) begangen und die Mängel festgestellt worden. Der Wert dieser Mängel belief sich zum Stichtag der Eröffnungsbilanz (4. Quartal 2006) auf 17.904.900 EUR. Zur Beseitigung eines Teils der festgestellten Mängel sei ein Betrag von 8.084.400 EUR zur Verfügung gestellt worden. Eine Hochrechnung der Mängel, für die keine Rückstellung gebildet worden sei, sei nur schwer möglich, da diese von im Rahmen der Gebäudeunterhaltung durchgeführten Notreparaturen abhängig seien. Hinzu komme noch, dass sich über einen Zeitraum von 10 Jahren die Baupreissteigerung auf die Mängel auswirke. Auch würden die Mängel im Laufe der Zeit größer und damit ihre Beseitigung aufwendiger. Festzuhalten sei, dass der Sanierungsstaurückstand hoch sei und in den nächsten Jahren ansteigen werde. Durch den zielgerichteten Einsatz würden sowohl die Mittel aus dem Konjunkturpaket nicht unwesentlich durch N 3-Mittel ergänzt wie dem Investpakt kann zumindest ein Teil der Objekte nachhaltig saniert werden und somit der steigende Sanierungsstau deutlich abgemildert werden.

**7. Sachstandsbericht des KuWeBe zur Privatisierung von Aufgabenbereichen, schriftliche An-**

8. **Sachstandsbericht zur Vermarktung des FAB, schriftliche Anfrage der Fraktion DIE LINKE.:**  
„Scheinbar gibt es einen Interessenten bezüglich des geschlossenen FAB. Aus der örtlichen Tagespresse durfte die Bevölkerung entnehmen, dass die Stadt diesbezügliche Gespräche führt. Wir bitten um einen Sachstandsbericht der Verwaltung. Gleichzeitig bitten wir um Akteneinsicht. Die Verwaltung wird gebeten, unserem Fraktionsbüro Auswahltermine für die Einsichtnahme zu benennen.“

Herr Schubert berichtet, dass im Zusammenhang mit dem Schließungsbeschluss des FAB der Rat im September 2009 beschlossen habe, die angestrebte Veräußerung des Grundstückes (rd. 23.000 m<sup>2</sup> mit aufstehendem Gebäude) europaweit auszuschreiben. Für die Bewertung seien Kriterien festgesetzt worden. Die Ausschreibung sei durchgeführt worden. Es habe einen Bewerber gegeben. Nachdem der Bewerber die Ausschreibungsunterlagen komplett vorgelegt habe, hätte die Verwaltung mit Schreiben vom 18.12.2009 den Bewerber um ein Gespräch gebeten. Der Bewerber sei am 26.01.2010 im Verwaltungsvorstand vorstellig geworden und habe zunächst das Konzept vorgestellt. In diesem Gespräch sei jedoch deutlich geworden, dass vor der Erarbeitung einer konkreten und detaillierten Planung im Vorfeld die planungsrechtliche Realisierbarkeit geprüft werden müsse. Ergänzend weist er auf einen älteren Beschluss (Februar 2008) des Planungsausschusses zur Flächennutzungsplanänderung in diesem Bereich hin. Seinerzeit sei beschlossen worden, eine Flächennutzungsplanänderung für den hinteren Teil des Grundstückes des FAB vorzunehmen, um dort möglicherweise ein Hotel zu errichten. Diese Anfrage sei der Bezirksregierung Arnberg zugeleitet worden. Es habe sich jedoch das Konfliktfeld „Hochwasserschutz“ ergeben, weil der hintere Grundstücksteil des FAB im Überschwemmungsgebiet liege. Die Bezirksregierung Arnberg habe seinerzeit signalisiert, dass eventuelle Lösungsmöglichkeiten erzielt werden könnten. Dieses Verfahren ruhe jedoch zurzeit, weil zuerst bekannt sein müsse, an welcher Stelle genau ein Investor die entsprechenden Gebäudekomplexe erstellen wolle. Als weitere Vorgehensweise sei vereinbart worden, dass zunächst ein Investorenkonzept bis Ende Februar 2010 vorzulegen sei. Da der Verwaltung diese Unterlagen jedoch nicht bis zum jetzigen Zeitpunkt vorliegen, habe der Bereich Planung telefonisch nachgefragt. Die Unterlagen seien von einem Architekturbüro aus Hamburg erarbeitet worden, bedürfen aber noch der Abstimmung mit dem Investor. Diese Abstimmung solle in der nächsten Woche erfolgen. Danach wolle der Investor der Verwaltung Rückmeldung geben. Nach der Klärung der planungsrechtlichen Grundsatzfragen mit der Bezirksregierung Arnberg solle der Investor dann sein Konzept im Ältestenrat vorstellen. Das begonnene FNP-Verfahren könne anschließend fortgeführt und parallel dazu ein vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren eingeleitet werden.

9. **Anfrage von Herrn Filthaus zum Sachstand Kunterbunt**

Herr Winkler berichtet, dass die Bauendreinigung durch eine externe Firma durchgeführt und voraussichtlich in der 13. KW 2010 stattfinden werde. Er sei zuversichtlich, dass danach die Schlüsselübergabe stattfinden könne.

---

Böckelühr  
Vorsitzende/r

---

Schriftführer/in